



Begrüßung und Einführung

zur Fachkonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

„Gemeinden und Unternehmen sagen Ja zu Kindern – Standortfaktor Familie“

durch Herrn Karl-Ludwig Böttcher,

Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

7. November 2006, Hotel Seminaris, Potsdam

- Es gilt das gesprochene Wort! -

(...Anrede...)

ich freue mich sehr, so viele Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und der kommunalen Familie zur Fachkonferenz „Gemeinden und Unternehmen sagen Ja zu Kindern“ in der brandenburgischen Landeshauptstadt begrüßen zu dürfen. Meine Freude wiegt umso mehr, als dass wir uns heute einem Themenfeld zuwenden wollen, dass man aus gutem Grund als Zukunftspolitik bezeichnen kann.

Ein Ja zu Kindern ist bekanntlich mehr als ein Nein zu Bevölkerungsrückgang und niedriger Geburtenrate. Ein Ja zu Kindern ist vor allem ein Ja zur Zukunft aller Generationen. Ein Ja zu einem kinder- und familienfreundlichen Gemeinwesen ist ein wesentlicher Baustein für die dringend notwendige Stabilisierung unseres gesamtgesellschaftlichen Gefüges.

Dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund in Zusammenarbeit mit der Initiative Lokale Bündnisse für Familie diese Fachtagung heute zum wiederholten Male durchführt, bestätigt einmal mehr die Botschaft, dass familienpolitisches Engagement nicht als Eintagsfliege verstanden werden darf. Wollen wir die Früchte unserer aktiven Familienpolitik dauerhaft ernten, so gelingt uns dies nur durch Konzepte und Maßnahmen, die das Gütesiegel der Nachhaltigkeit tragen.

Das beeindruckende Programm für die heutige Veranstaltung zeigt, dass das Bündel an kinder- und familienpolitischen Maßnahmen im unmittelbaren Lebensumfeld von Kindern und Familien zunehmend bereichert, sprich bunter und dichter, wird. Es zeigt auch, dass das nötige „Zusammenrücken“ aller gestaltenden Kräfte verstärkt in den Blick genommen und offensiv vorangetrieben wurde und wird. Dies wird auch dem Umstand gerecht, dass Verwaltung, Unternehmen, Politik und Verbände hier in einer gemeinsamen Verantwortung stehen.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich besonders, dass es den Veranstaltern gelungen ist, eine Vielzahl von Experten aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsbereichen für diese Veranstaltung zu gewinnen. Es würde daher kostbare Tagungszeit in Anspruch nehmen, wollte ich Sie alle persönlich begrüßen. Ich bitte daher um Verständnis, dass ich Sie gemeinsam alle herzlich in Potsdam willkommen heiße.

Im Mittelpunkt unserer Konferenz steht die stetig wachsende Bedeutung von Familienfreundlichkeit für Entscheidungsträger auf allen politischen Ebenen sowie der Wirtschaft. Ziel ist es, in Gesprächen, Diskussionen und Fachforen der Frage nachzugehen, auf welchen Wegen gemeinsame Anstrengungen zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen können.

Meine Damen und Herren,

welche Etappenziele haben wir bereits erreicht? Welche Erfahrungen und Konzepte empfehlen sich, um auch anderenorts "Schule zu machen"? Welche Beiträge kann welcher Partner für ein Mehr an Familienfreundlichkeit leisten?

Von besonderem Interesse wird die bereits erwähnte Vernetzung von *familienunterstützenden* Angeboten sein. Ein Ansatz, der zum einen durch die Lokalen Bündnisse für Familie aufgegriffen und konzeptionell eingehend verfolgt wird. Auch das ebenfalls vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestartete Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser rückt die Bündelung von familienpolitischen Maßnahmen in den Mittelpunkt. Es zielt darauf ab, Netzwerke im sozialen Gemeinwesen zu verfestigen, die generationenübergreifend und somit auch generationenverbindend wirken.

Diese gezielte Nutzarmachung von Synergie-Effekten kann nicht nur mit Blick auf eine verbesserte Familienfreundlichkeit gewinnbringend sein. Ein dichtes Netzwerk von Partnerschaften mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielrichtungen ist ein Schlüssel für einen stärkeren

sozialen Zusammenhalt in den Gemeinden. Bürgerschaftliches Engagement spielt in diesem Zusammenhang eine ganz wichtige Rolle.

Wir brauchen ein Erstarren dieser zivilen Bündnisse. Und ich bin gewiss, dass wir dieses Erstarren auch gestalten können. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und den damit verbundenen politischen Herausforderungen müssen wir alle gesellschaftlichen Potenziale zusammenführen.

Was den Status Quo von Familienfreundlichkeit in unserem Land betrifft, so wäre es wohl verfehlt, zu behaupten, dass wir bereits paradiesische Zustände hätten. Aber eines kann ich nicht ohne Stolz sagen: Familienfreundliche Rahmenbedingungen stehen als Querschnittsthema permanent, und mit wachsender Bedeutung, auf der kommunalpolitischen Agenda. Familienfreundlichkeit erfordert passgenaue Konzepte aus den verschiedenen Verantwortungsbereichen.

Nachhaltige kinder- und familienfreundliche Infrastruktur beginnt nicht erst bei Angeboten der Kindertagesbetreuung. Sie endet auch noch lange nicht bei Fragen der städtebaulichen Entwicklung. Die Gestaltung eines attraktiven Lebensumfeldes, in dem sich Kinder und Familien wohl fühlen und langfristige Perspektiven entfalten können, ist allgegenwärtiges Anliegen in den Gemeinden. Dieses Anliegen prägt kommunales Handeln auf vielfältigen Politikfeldern. Auch in ihrer Funktion als Arbeitgeber sind sich die Kommunen ihrer Verantwortung für eine familienorientierte Personalpolitik bewusst.

Meine Damen und Herren,

wenn wir uns die Breite der Handlungsfelder vor Augen führen, die ein Ja zu Kindern eröffnet, dann steht fest: Nachhaltige Familienpolitik kann nur gelingen, wenn wir in allen Ressorts eine Familienverträglichkeitsprüfung gewährleisten. Dazu brauchen wir zunächst den politischen Willen. Und um dann auch agieren zu können, benötigen wir die entsprechenden finanziellen Ressourcen.

Wir kennen unsere Stärken. Wir wissen aber auch um unsere Grenzen. Ich sage ausdrücklich: Die Kommunen sind bereit, in diesem Rahmen weiterhin Verantwortung zu übernehmen. Wir brauchen hierfür als Fundament eine aufgabengerechte Finanzausstattung, um das dauerhaft leisten zu können, was wir für unsere Jüngsten, und damit für unser aller Zukunft, leisten wollen. Kinderschutz, vorschulische Sprachförderung, elementare Bildung und Integration sind weitere Schlaglichter in diesem Zusammenhang, die die Herausforderungen unserer Zeit verdeutlichen.

Diese werden wir alleine nicht bewältigen können. Hier brauchen wir einen Schulterschluss und einen Dialog auf allen politischen Ebenen und mit allen gesellschaftlichen Partnern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Ja zu Kindern beinhaltet zudem einen Appell an die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dabei habe ich nicht allein das wachsende Problem der Kinderarmut im Blick, dem wir uns stellen müssen. Hier haben jüngst ausgelöste Debatten erneut offenbart, dass neue "Verpackungen" für bekannte und ungelöste Probleme keinen einzigen Schritt voran bedeuten. Von einem Exkurs sehe ich in Anbetracht der Zeit ab, möchte jedoch deutlich populistischen Versprechungen eine Absage erteilen.

Mein Appell hat vor allem die Kinder und Jugendlichen in den ländlichen Räumen im Blick. Hier müssen wir uns nachhaltig für den Erhalt einer wohnortnahen und bildungsgangübergreifenden Schullandschaft stark machen. Gleichwertige Lebensverhältnisse können wir den Kindern und Jugendlichen in dünn besiedelten Gebieten nur dann dauerhaft erhalten, wenn ihnen nicht infolge unverhältnismäßig langer Fahrzeiten zwischen Schule und Wohnort eine Teilhabe an Freizeitaktivitäten nur noch in erheblich eingeschränktem Maße möglich ist. Vor allem in den ländlichen Räumen müssen wir Kindern und Jugendlichen eine Identifikation mit ihrer Heimatgemeinde ermöglichen. Nur unter dieser Voraussetzung werden sie die viel zitierte Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement vor Ort entwickeln und leben können.

Ein Blick in die Zukunft unserer Kinder wird nicht selten mit einem ernüchternden Bild verbunden, in dem die Zukunft vornehmlich als Last auf den Schultern unserer Kinder wahrgenommen wird. Ob zu Recht oder nicht, darüber ließe sich eine Debatte führen, die ich an dieser Stelle angesichts unseres Kernthemas heute hinten anstellen möchte. Wenn diese Veranstaltung jedoch auch Zeit und Raum für Visionen hat, dann gestatten Sie mir an dieser Stelle abschließend die Vision eines erfreulicheren Zukunftsbildes: Der Zukunft als einer Zeit, die schon heute - statt auf den Schultern - in den Köpfen, den Händen und den Herzen unseres Nachwuchses erlebbar und spürbar ist.

Hierfür brauchen in erster Linie eine Anerkennungskultur für die Familie, für die Bereitschaft Kinder großzuziehen und die damit verbundenen Herausforderungen. Haben wir den täglichen Mut zu mehr Achtung für Familie und Kinder, aber auch zu einem Paradigmenwechsel vom Versorgungsstaat zu einem sozialen Gewährleistungsstaat.

Offenen Auges werden wir uns auch hartnäckig gepflegter Mythen um die Ursachen von Kinderlosigkeit zuwenden, und uns derer konsequent entledigen müssen. Ich möchte nur einen Aspekt beispielhaft nennen. Es hält sich teilweise nach wie vor die Auffassung, wonach veränderte Geschlechterrollen und weibliches Karrierestreben für die niedrige Geburtenrate verantwortlich seien. In Ländern, in denen die Erwerbstätigkeit von Frauen hoch ist und der Staat die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf fördert, werden deutlich mehr Kinder geboren. Hierbei lohnt nicht nur ein Blick nach Frankreich mit einer Fertilitätsrate von 1,9 Kindern (zum Vergleich: 1,36 in Deutschland), sondern auch genauere Analysen, wie sie durch jüngste Studien vorgenommen worden sind. Sie belegen, dass höhere Kinderzahlen dort anzutreffen sind, wo berufstätige Frauen auf eine emanzipierte Gesellschaft treffen, in denen die Berufstätigkeit von Frauen akzeptiert ist und Vätern ebenfalls die Gelegenheit eröffnet wird, sich aktiv einzubringen.

Eine entsprechende Neuausrichtung der Politik zeichnet sich gegenwärtig ab. Auch wenn wir uns heute der Vereinbarkeit von Familie und Beruf widmen wollen, ist dies ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Allerdings gestatte ich mir eine abschließende Anmerkung: Politik und Gesellschaft kann nur die Rahmenbedingungen für Kinder- und Familienfreundlichkeit verbessern – Familie muss in Familien gelebt werden! Das bedeutet eine Rückbesinnung und Neuausrichtung auf tatsächliche Lebenswerte in Familien – der Staat kann und darf nicht in eine Ersatzfunktion geraten.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Veranstaltung ein gutes Gelingen und uns allen anregende und ermutigende Impulse.

